

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 1,95 Mk. ohne Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Borgzelle 25 Pf.

Die Reklamezelle 70 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Homburg, Elsenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 113

Druck und Verlag:
Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Bahn).

Samstag, 27. September 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn)

42. Jahrg

Die Wiener Enthüllungen.

Bald nach dem Zusammenbruch des alten Systems in Oesterreich-Ungarn hat die neue Wiener Regierung einen Dr. Goos damit beauftragt, die in den Wiener Staatsarchiven ruhenden Aktenstücke über die Vorgeschichte des Weltkrieges zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Diese Arbeit ist nun beendet und dieser Tage der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Enthüllungen dieser Aktenstücke über die Kriegursachen und die Kriegsschuld sind von solcher Bedeutung, daß sie uns zwingen, alle bisherigen Anschauungen einer Revision zu unterziehen. Um das Ergebnis kurz vorweg zu nehmen: aus den Aktenstücken geht klar hervor, daß die alte Wiener Regierung ein übergroßes Maß der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trug, und daß die alte kaiserliche Regierung des Deutschen Reiches unfähig war, sich mit Entschiedenheit der verhängnisvollen Entwicklung entgegenzustellen, zu der die Wiener Politik drängte. Es war in politischen Kreisen längst kein Geheimnis mehr, daß unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn die auswärtige Politik des Deutschen Reiches zu einseitig festlegte, und durch die sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze zu Rußland unsere Bewegungsfreiheit in Europa einengte. Aber niemand hätte geglaubt, daß die Kraftlosigkeit der deutschen Regierung soweit ginge, daß sie sich vollkommen von der gerissenen Wiener Diplomatie einwickeln ließ. Das Bild, das sich aus den letzten Wiener Enthüllungen ergibt, zeigt tatsächlich, daß die k. und k. Diplomaten mit einer geradezu verbrecherischen Raffinerie das Bündnis mit dem Deutschen Reich ihren Zielen dienstbar machten und mißbrauchten. Es ist eine geschichtliche Erfahrung, daß Staaten die Ueberwindung innerpolitischer Schwierigkeiten oft auf dem Wege über die Außenpolitik suchen. Die innere Zerrüttung in dem alten Donauraum war so weit fortgeschritten, daß man in Wien längst keinen Ausweg mehr sah und die Hoffnung nur noch auf die einigende Wirkung eines populären und natürlich siegreichen Feldzuges setzte. Und dieses Ziel bedachte sich mit dem Wunsche, die verzwickte Balkanfrage endlich zu einer für Wien günstigen Lösung zu führen. Es wäre natürlich falsch, trotz der vorliegenden Enthüllungen, wenn man nun die Schuld am Ausbruch des Krieges ganz allein auf das Konto Oesterreichs setzen wollte. Wenn nicht die Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten nicht schon so weit gediehen gewesen wären, wäre es wahrscheinlich trotz der österreichischen Intrigen doch nicht zum Weltkrieg gekommen. Aber groß ist das Maß der Schuld, das auf Oesterreich-Ungarn fällt, übergroß sogar. An-

derseits wird die Schuldfrage, soweit sie Deutschland angeht, in ein völlig neues Licht gerückt. Aus den Enthüllungen geht zunächst hervor, daß man in Wien bald nach der Ermordung des Thronfolgers mit einem serbisch-österreichischen Konflikt rechnete, weil man, wie es in dem Handschreiben des Kaisers Franz Josef an Kaiser Wilhelm vom 15. Juli heißt, an eine Verjüngung des Gegensatzes mit Serbien nicht mehr glaubte. Die kriegslustigen Kreise in Wien wußten den Eindruck zu erwecken, daß Deutschland unter allen Umständen hinter Oesterreich-Ungarn stehe, wie auch die Entscheidung in dieser Frage ausfallen möge. Dadurch wurden die Widerstände gegen einen bewaffneten Konflikt mit Serbien, die besonders in Budapest stark waren, beseitigt. Nach der Ermordung des Thronfolgers in Sarajewo glaubte man in Wien offenbar die Gelegenheit als gegeben, um mit Serbien unter allen Umständen endgültig abzurechnen, selbst unter der Gefahr eines Konfliktes mit Rußland. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin schickte am 12. Juli seiner Regierung einen Bericht, der annehmen ließ, daß die deutsche Regierung für ein energisches Vorgehen gegen Serbien sei, selbst bei der Aussicht eines Krieges mit Frankreich und Rußland. In dem Kronrat, der am 7. Juli in Wien stattfand, war die Entscheidung bereits dahin gefallen, daß durch die Ueberreichung unannehmbarer Forderungen an Serbien eine radikale Lösung durch militärisches Eingreifen herbeigeführt werden müsse. Die Botschaftsberichte über die Haltung der deutschen Regierung zu dem Wiener Vorgehen ließen stets den Schluß zu, daß Berlin unter allen Umständen hinter seinem Verbündeten stehe. Aber trotz der furchtbaren Verantwortung, die man in Berlin damit übernahm, ließ man Oesterreich-Ungarn in seinem Vorgehen gegen Serbien vollkommen freie Hand. Ja, die unglaubliche Haltung der Berliner Regierung ging sogar so weit, daß sie über den Inhalt der entscheidenden Note an Serbien erst dann unterrichtet wurde, als es zu einem Einspruch zu spät war. Schon während des Krieges waren mehrmals Mitteilungen an die Öffentlichkeit gedrungen, die behaupteten, Deutschland sei von dem Inhalt des Ultimatums an Serbien nicht zu spät unterrichtet worden. Diese Mitteilungen fanden lange Zeit keinen Glauben, weil man etwas derartiges einfach für unmöglich hielt. Die deutsche Regierung schwieg natürlich wohlweislich. Die Enthüllungen bringen aber nun den unwiderleglichen Beweis dafür, daß dem Berliner Kabinetts der Vorlaut der serbischen Note erst zu einem Zeitpunkt bekannt wurde, als eine

Beeinflussung des Wiener Kabinetts durch die deutsche Regierung nicht mehr möglich war. Der italienische Botschafter in Berlin beschwerte sich darüber, daß die italienische Regierung als verbündete Macht nicht früher von dem Belgrader Schritt der Wiener Regierung unterrichtet wurde. Ihm antwortete der deutsche Staatssekretär für das Auswärtige, daß auch die deutsche Regierung nicht früher unterrichtet worden sei! Es ist geradezu unglaublich, daß so etwas möglich war. In diesem Punkte trifft die kaiserliche Regierung eine ungeheure Schuld. War es Nachlässigkeit oder Unfähigkeit der Vertrauensseligkeit oder gab es auch in Deutschland Kreise, denen der Inhalt der Note gleichgültig war, weil sie unbedingt mit dem Ausbruch des Krieges rechneten oder gar auf ihn warteten? Es ist an der Zeit, daß nun auch in Berlin die Archive sprechen.

Die serbische Antwort auf die Wiener Note ist bekannt. Sie hatte den Abbruch der Beziehungen zu Belgrad und die Kriegserklärung zur Folge. Nun kamen die kritischen Tage, in denen es sich darum drehte, ob sich der österreichisch-serbische Konflikt zum Weltkrieg ausdehnen würde oder nicht. In Rußland war die Mobilmachung im Gange. Die Entscheidung hing von Stunden ab. Auf russische Anregung machte England am 29. Juli den Vorschlag, England, Deutschland und Italien sollten zwischen Oesterreich und Rußland vermitteln. Am 3. Juli ist dieser Vorschlag von dem deutschen Botschafter in Wien überreicht worden mit der Bemerkung der deutschen Regierung, daß es für Deutschland und für Oesterreich-Ungarn ungemein schwer sei, die Folgen einer Ablehnung zu tragen. Auf diese Note, an deren Schicksal die Entscheidung hing, hat die deutsche Regierung, wie die Enthüllungen feststellen, niemals eine Antwort erhalten. Obwohl von englischer Seite in Berlin wiederholt nach dem Schicksal des Vermittlungsvorschlages gefragt wurde, ließ es die deutsche Regierung geschehen, daß sie von Wien ohne Antwort blieb. Später hat man der deutschen Regierung deshalb den Vorwurf gemacht, sie habe den Vermittlungsvorschlag überhaupt nicht weitergegeben. Erst am 1. August ließ die Wiener Regierung durch ihren Botschafter in Berlin mitteilen, daß sie die Note vom 30. Juli erhalten habe und bereit sei, dem Vorschlag Englands, zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, näherzutreten! Die Wiener Regierung sprach von Serbien, während der Vermittlungsvorschlag von Rußland sprach, da der österreichisch-serbische Konflikt bereits zu einem österreichisch-russischen Konflikt entwickelt hatte. Durch diese aufschie-

bende Behandlung des Vermittlungsvorschlages in Wien ist es zunächst zum Kriege mit Rußland gekommen. Und wie es weiter ging, ist bekannt. Und das Traurigste ist, daß es schließlich die deutsche Regierung war, die an Rußland und Frankreich den Krieg erklärte und damit nach außen hin die ganze Verantwortung auf sich nehmen mußte. Wien hat es mit teuflischer Meisterschaft verstanden, Berlin als die treibende Kraft in dem Konflikt hinzustellen.

Die Papiernot der deutschen Zeitungen.

Am 1. Oktober werden dem größten Teile der deutschen Zeitungsleser wiederum eine erhebliche Mehrausgabe für den Bezug ihrer Zeitungen bringen. Waren bisher die stufenweisen Erhöhungen in den allgemeinen Preisverhältnissen begründet, so liegen diesmal Ursachen zu Grunde, die sich bei einem geschickteren Verhalten der Regierung hätte vermeiden lassen. Vor allem hätte die Regierung den unerhörten Wucher mit Papierholz unterbinden sollen. Außerdem hat sie jetzt das Aufheben einer während des Krieges für die Papierverforgung der Presse geschaffenen Einrichtung angeordnet, die im Interesse der Öffentlichkeit und unter allen Umständen für die Übergangszeit noch hätte bestehen müssen. Es ist der Allgemeinheit wohl kaum bekannt, daß der deutschen Presse in den letzten Jahren das Weitererhalten nur dadurch möglich war, daß unter Mitwirkung von Reich und Bundesstaaten durch eine Reichsstelle für die Sicherstellung des Papierbedarfes gefordert wurde. Sie ermöglichte eine bevorzugte Belieferung der Zeitungspapierfabriken mit Kohlen und Papierholz und verhinderte so auch eine allzu starke Erhöhung der Papierpreise.

Diese Reichsstelle soll am 1. Oktober d. J. aufgelöst werden. Die dringenden Vorstellungen der gesamten deutschen Presse haben nicht vermocht, die Regierung von der Notwendigkeit eines Weiterbestehens der Reichsstelle, die ausschließlich im Interesse der Allgemeinheit geschaffen war, zu überzeugen. Die Tätigkeit der bisherigen Reichsstelle soll nun zu einem Teil wenigstens von einer privaten G. m. b. H. fortgeführt werden. Der Wert dieses Planes ist aber dadurch illusorisch, daß es dem den überwiegenden Teil der deutschen Papierzeugung beherrschenden Verband Deutscher Druckpapierfabriken gelungen ist, schon jetzt den bestimmenden Einfluß in der neuen Gesellschaft an sich zu reißen. Und das merkwürdigerweise mit Wissen des Reichswirtschaftsministeriums, dessen Vertreter in völliger Verkenntnis der Sachlage diese Bestrebungen des Verbandes ganz offenkundig unterstützt.

Leidvolle Wege.

Roman von F. von Nantenheim.

48

Es war Berndts Brief und dieser Brief hätte, wie heute nachmittags Gunds Bericht, einen großen Jubel in seinem Herzen auslösen sollen, denn beide, Berndts Brief und Gunds Worte, erzählten ihm von Wandas nicht erloschener Liebe. Aber, heiliger Gott, durfte er heute frei und offen neuerdings um die geliebte Frau werben? Nein, solange nicht diese Last von seiner Seele genommen, solange seines Vaters schwere Schuld nicht gestrichen war, durfte er an sein eigenes Glück nicht denken, seine Frau an seine Seite setzen.

Bevor er zu seinem Regiment eingerückt war, hatte er mit dem Rechtsanwalt, seines Vaters Freund, eine lange und enge Unterredung gehabt. Ohne selbstverständlich auch nur mit einem Wort an die Ehre des Verstorbenen zu rühren, hatte der junge Mann von einem Jertum, einem Versehen seines Vaters gesprochen und dann dem alten Juristen seine Wünsche dargelegt, dahin lautend, daß während der Dauer eines Jahres der Anruf noch erscheinen, falls sich jedoch nach Ablauf dieser Zeit noch immer niemand melden würde, die betreffende Summe samt Zinsen gewissen näher bezeichneten Wohlfahrts-Einrichtungen und Kriegsinvaliden zufließen sollte. Schließlich hatte er den Rechtsanwalt, der mit einer Miene den Auseinandersetzungen des jungen Mannes gelauscht hatte, gebeten, ihn stets, soviel bei diesen unruhigen Zeiten möglich, auf dem laufenden zu erhalten.

Nachdem er eine Weile stumm geblieben, hatte Doktor Gerlich, sich ihm zuneigend, die Hand auf Rudolfs Arm gelegt.

„Mein lieber, junger Freund,“ hatte er dann mit leiser Stimme gesagt, „ein Arzt und ein Rechtsanwalt sind wie ein Vatersbruder, wollen Sie mir wie einem solchen vertrauen?“

Rudolf aber war erbläut und, den Kopf senkend, stumm geblieben. Er hatte seinem toten Vater geschworen, sein Andenken nicht schmälern zu lassen, durfte nicht reden, mußte schweigen.

„Nun denn, ich kann Sie nicht zwingen. Ihren Wünschen werde ich natürlich gewissenhaft nachkommen,“ hatte dann Doktor Gerlich rubig geäußert.

„Und sollte ich selber fallen, dann —“

„Hoffentlich werden Sie nicht fallen; aber auf jeden Fall, Sie können sich auf mich verlassen. Und nun sei Gott mit Ihnen, lieber Rudolf!“

Auch an diese Unterredung mit Doktor Gerlich dachte Rudolf in der Stille der Nacht und dann fiel sein trüber Blick wieder auf Berndts Brief. Der gute, treue Bernd! O, wie gönnte er ihm sein junges Liebesglück von Verzensgrund! So wurde denn diese reizende Nellg doch sein Weib. Und wie besorgt Bernd um des Freundes Glück war!

„Komme ohne Sorge, mein alter Junge! Wanda wird dich mit offenen Armen, mit liebendem Herzen empfangen. Mein Glück würde durch Deines erhöht. Komme also! Und wenn dies momentan unmöglich sein sollte, dann schreibe! Ich bin gesund, das Glück hat mich gesund gemacht.“

Rudolfs Blick blieb auf dieser Stelle des Briefes lange haften; ja, Bernd meinte es gut mit ihm, aber doch, wenn er wollte —

Schmerzhaft aufstöhnend, stülpte der junge Mann den Kopf in die Hände. O, wenn er nur schon wieder fort könnte, hinaus in den Krieg! Es litt ihn nicht länger in dieser Ruhe. Aber die Wunde am linken Fuß schmerzte ihn noch empfindlich und dieser war noch nicht geküsst genug, um lange und anstrengende Märsche mitzumachen.

Endlich erhob er sich und ging zur Ruhe; nebenan schlief Joachim den Schlaf des Gerechten, den jungen Bayern quälten keine Sorgen, er hatte an seiner Schuld des Vaters zu tragen wie er. —

„Rudel, Rudl, Rudolf!“ klang es übermühtig durchs Haus und die allzeit lustige Gundi kam mit einem Telegramm und dem Rezipisse in der Hand, in die Stube gestürzt, wo Rudolf lesend am Tische saß.

„Der jung' guä! Herr soll unterschreiben! Da, aus Wien!“

„So, dank! Schön, 'plehl' mich.“

„Gundi, ich beneide dich um Deinen goldenen Humor.“

„No, sonst hab' ich eh mit 'a viel Goldenes,“ lachte sie, „und das kann mir wenigstens nit 'gestohlen' werden.“

Damit flog sie auch schon wieder hinab und von dort hörte man sie lachen und mit dem Postboten scherzen.

Rudolf hatte indessen, selbst erregt, das Telegramm mit leicht zitternder Hand geöffnet und las mit starrten Augen: „Endlich gefunden. Brief bereits auf dem Wege zu Ihnen. Doktor Gerlich!“

Rudolf hatte das Gefühl, als schwankte der Boden unter seinen Füßen, rote Lichter tanzten vor seinen Augen; aber dann hob ein tiefer Atemzug seine Brust und er streckte die Arme weit von sich.

„Endlich, endlich befreit, erlöst!“ stammelte er. „Und sollte es mein ganzes Vermögen kosten, lieber arm sein und frei, frei sich fühlen von solch schwerer Bürde!“

Er nahm das Telegramm wieder auf und durchlas nochmals dessen kurzen, doch so bedeutungsvollen Inhalt. Wer wird der rechtmäßige Eigentümer des Voses sein? fragte er sich dann und dachte an die bittere Aufgabe, die ihm nun bevorstehen würde, diesem Mann oder dieser Frau gegenüberzutreten zu sollen, eine Notwendigkeit, die er freilich seit laugem tausendmal herbeigeführt hatte.

In begreiflicher Spannung und fast fieberhaft aufgeregt erwartete er also das Eintreffen des angekündigten Briefes; den Verwandten aber teilte er, um seine so sichtbare Unruhe plausibel zu machen, mit, daß er in den nächsten Tagen aus seiner Fabrik geschäftliche Nachrichten erwarte, denen er besondere Wichtigkeit beilege. Um seiner lieben Mutter willen war er froh, jetzt nicht in deren Nähe zu sein, denn dem stehenden Mutterauge gegenüber wäre es ihm wohl schwerer gewesen, sich zu verstellen. Die gute Frau! Sie hatte nicht die mindeste Ahnung, welche Opfer der Sohn die letzte Zeit gebracht, um ihr den gewohnten Genuß bieten zu können. Ihre zur Ehre muß jedoch gesagt werden, daß sie, falls ihr die Wahrheit bekannt gewesen wäre, freudig auf alles verzichtet hätte, um den teuren Sohn zu entlasten.

Endlich kam der Brief und entschlossen, jede feige Schwelgerei anwandlung energisch niederdrückend, riß Rudolf das Kuvert auf. Kaum aber hatte er mit heißen Augen den Inhalt überflogen, ließ er das Papier zur Erde flattern und schlug, einen dumpfen Schrei ausstoßend, die Hände vor die Augen. Alles, alles hätte er eher erwartet als das; Eigentümer des Voses waren — die Eltern der Brant Berndts! Himmel — wie würde er nun dastehen vor dem Freunde, vor Nellg und — vor Wanda!

Gelingt es nicht, diese unter einer so stark sozialistischen Regierung doppelt befremdenden Bestrebungen zu verhindern, so tritt durch die bereits von den Fabriken unverblümt angekündigten Papierpreiserhöhungen eine Verteuerung des Lesestoffes ein, für den die Presse die Verantwortung unbedingt ablehnen muß. Es bleibt ihr, von der große Teile schon seit Jahren schwer um die Existenz zu ringen haben, nichts anderes übrig, als die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Parlamente auf diese im öffentlichen Interesse tief bedauerlichen Tatsachen zu lenken.

Statt des Reichsnotopfers eine laufende Vermögensabgabe und eine Zwangsanleihe?

h Berlin, 24. Sept. Bei der Beratung im Zehner-Ausschuß, die sich zunächst in vertraulicher Form mit der Möglichkeit eines Zugriffes des Verbandes befaßte, ergab sich, daß die Begrenzung gegen die Erhebung einer einmaligen Abgabe vom Vermögen zu einem bestimmten Zeitpunkt gewachsen ist. Auch die Demokraten sind der Meinung geworden, daß einer laufenden Vermögensabgabe der Vorzug zu geben sei. Andererseits hat sich die Abneigung gegen die Begehung einer Zwangsanleihe, die sich in Weimar, als der Abg. Dr. Hugenberg seinen bekannten Vorschlag machte, in aller Schärfe geltend machte, merklich gemildert. Eine Zwangsanleihe für sich könnte natürlich das Reichsnotopfer nicht ersetzen. Es ist aber wahrscheinlich, daß im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen aus dem Reichsnotopfer eine laufende Vermögensabgabe hervorgeht, und daß in Verbindung damit auch auf eine Zwangsanleihe zurückgegriffen wird. In parlamentarischen Kreisen ist man jetzt überzeugt, daß das Schicksal des Reichsnotopfers besiegelt ist.

Die Reichsvermögensverwaltung.

Die Ernennungen der Beamten für die Reichsvermögensverwaltung im besetzten Gebiet sind, wie die Rhein. Volkskraft aus Coblenz erfährt, nunmehr erfolgt, so daß die neue Behörde am 1. Oktober in Tätigkeit treten kann. Im wesentlichen setzt sie sich zusammen aus den Oberbeamten der Intendantur des 8. Armee-Korps. Der Intendant ist zum Präsidenten der neuen Behörde ernannt worden, die ihren Sitz in Coblenz und Zweigstellen in Köln, Mainz und Landau haben wird. Am 22. September hat die Vereinigung der gesamten, aus der Intendantur übernommenen Beamtenhaft stattgefunden. Die Intendanturträte führen künftig den Titel Finanzräte.

Aufruf an die deutschen Frauen.

c Berlin, 23. Sept. Der Zentralverband der Frauenliga zur Heimholung der Kriegsgefangenen erläßt einen Aufruf an die deutschen Frauen um Einstellung von Vergütungsreisen, damit das zur Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen erforderliche rollende Eisenbahnmaterial uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Prozeß gegen den Kaiser.

c Brüssel, 23. Sept. Die „Libre Belgique“ veröffentlicht eine Depesche aus dem Haag, in der es heißt, die Nachricht von dem demnächst zu erwartenden Ersuchen um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers habe keine Ueberraschung verursacht. Die holländische Regierung werde auf das Ersuchen des Obersten Rates mit einer höflichen, aber formellen Weigerung antworten. Dem Blatte wird von gutunterrichteter Seite versichert, daß die assoziierten Mächte sogar mit der Weigerung Hollands rechnen, um endgiltig die Frage aus der Welt zu schaffen, deren Lösung mit Schwierigkeiten verbunden sein würde.

Bisher kein Generallistreih in der Berliner Metallindustrie.

c Berlin, 24. Sept. Dem Lokal-Anzeiger zufolge ist der in Berlin geplante Generallistreih der Metallarbeiter bis jetzt nicht zustande gekommen. In keinem der großen Betriebe waren gestern wirkliche Abstimmungen über den eventuellen Streik vorgenommen worden.

Befehlliche Regelung des Religionsunterrichts.

c Berlin, 23. Sept. Aus Anlaß der neuen Einschulung der Kinder sind Zweifel über die Tragweite und Ausföhrung einzelner Bestimmungen der neuen Reichsverfassung über Einzelheiten des Unterrichts, insbesondere des Religionsunterrichts, entstanden. Auch die Reichsleitung ist sich im klaren darüber, daß über die Regelung dieser Einzelfragen vielfach noch reichsrechtliche oder landesgesetzliche Bestimmungen zu treffen sind. Wie die „Voss. Ztg.“ hört, wird sich die Reichsleitung zum Zwecke solcher gesetzgeberischen Maßnahmen schon in aller nächster Zeit mit den einzelnen staatlichen Ministerien in Verbindung setzen.

Das Spielkartensteuergesetz.

c Berlin, 24. Sept. Das Inkrafttreten des Spielkartensteuergesetzes ist jetzt für den 1. November bestimmt worden.

Anfang Dezember soll es losgehen.

k Der bayrische Courier erfährt, daß der neue Umsturz für die ersten Dezembertage geplant sei. Man hatte anfangs noch ursprünglich sogar die Absicht, schon im Oktober loszuschlagen. In der Sitzung des Aktionsausschusses der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei am 10. September erklärte der Vorsitzende Schelle, daß ein Führer der kommunistischen Partei an ihn herangetreten sei, um zu erfahren, wie die unabhängige Sozialdemokratie sich zu einem unverzüglichen Umsturz

stelle, für den alle Vorkehrungen bis ins kleinste getroffen worden seien. Die Aktion wurde aber wieder verschoben.

Ein Reichspräsidentenbureau.

c Berlin, 24. Sept. Zu seiner großen Ueberraschung fand der Hauptausschuß der Nationalversammlung heute eine Abänderung des Haushalts des Reichspräsidenten vor, die eine Erhöhung der fortwährenden Ausgaben bringt. Für den Reichspräsidenten, der bei Anspruch auf freie Dienstwohnung mit Geräteausstattung 120 000 Mark Gehalt und 200 000 Mark Aufwandsgehalt beziehen soll, wird ein vollständiges Bureau mit einem Unterstaatssekretär an der Spitze gefordert. Der Unterstaatssekretär scheint eine Art von Reismarschall werden zu sollen, weil seine „häufige dienstliche Abwesenheit“ bereits im Haushalt vorgeesehen und dafür eine Vertretung bestellt ist. Dem Unterstaatssekretär werden drei Vortragende Räte unterstellt, von denen der eine innerpolitische und Verwaltungsangelegenheiten, der zweite das Auswärtige und der dritte als Repräsentationsrat die Repräsentationspflichten und die inneren Bureauangelegenheiten bearbeiten soll. Außerdem wird ein entsprechendes Bureaupersonal, Fernsprechgehilfen usw. angefordert. Dadurch erhöht sich der Haushalt des Reichspräsidenten, den der erste Entwurf für 1919 auf 600 000 Mk. festsetzte, auf 704 130 Mark. Der Hauptausschuß beschloß, vor seiner Stellungnahme die Begründung für die Notwendigkeit dieses Bureau durch den Finanzminister anzuhören, dann aber die Beratung aussetzen um den Fraktionen Gelegenheit zur Prüfung der Frage zu geben ob der Reichspräsident wirklich ein so großes Bureau braucht.

Die Viehlieferungen.

w Die Forderung der Entente über eine Lieferung von Vieh gemäß dem Friedensvertrag macht alle Vorbereitungen sehr schwierig. Die Entente hat die Verhandlung über die Viehlieferung noch nicht abgeschlossen. Frankreich hat nach einer Meldung aus Berlin aus Sorge vor Seucheneinschleppung seine Forderung auf Lieferung von Schweinen ermäßigt und fordert dafür Ziegen und Federvieh. Die Reichsregierung hat den Gliedstaaten bereits eine Aufstellung zugehen lassen über die Höhe des abzugebenden Viehes. Es soll versucht werden, das Vieh freihändig aufzukaufen, um Zwangslieferungen zu vermeiden. Schwierigkeiten macht aber noch die Preisfestsetzung.

Der Kampf gegen Wucher- und Schiebertum im besetzten Gebiet.

c Köln, 24. September. An die Reichsregierung haben die Abgeordneten Meerfeld, Frau Wahl und Sölmann folgende Anfrage gerichtet:

„Die Seinerzeit von der Reichsregierung zur Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellten 1 1/2 Milliarden Mark sind jetzt aufgebraucht, ohne daß sich die Erwartung erfüllt hätte, daß gegen den Herbst hin erträgliche Zustände auf dem Warenmarkt eintreffen und die Preise allgemein heruntergehen würden. Vielmehr ist das gerade Gegenteil der Fall. Namentlich im Westen Deutschlands sind in den jüngsten Wochen die Preise nicht allein der Lebensmittel, sondern auch fast allen anderen Bedarfsartikeln ungeheuer gestiegen. Diese Entwicklung treibt zur Katastrophe, wenn nicht mit möglicher Eile Gegenmaßnahmen getroffen werden. Wir fragen, ist die Reichsregierung bereit, geeignete Gegenmaßnahmen ungeeignet in die Wege zu leiten? Ist sie u. a. auch bereit, mit den Besatzungsbehörden im Rheinlande in Verhandlungen einzutreten, um durch die Wiederherstellung der alten Zollgrenze den wilden Handel und damit den Wucher erfolgreicher als bisher bekämpfen zu können? Ist sie ferner bereit, sich um die Mitarbeit der Besatzungsbehörden bei der Bekämpfung des im Rheinlande zu einer wahren Pest gewordenen Schiebertums zu bemühen?“

Ein deutscher Protest.

c Paris, 22. September. Die offiziöse französische Agentur Haas meldet: „Freiherr v. Persner übergab Pichon eine Note, in der gegen die Haltung des Majors Bastian Einspruch erhoben wird, der aus Anlaß von Unruhen versucht hat, in diesem Lande eine unabhängige Rheinische Republik auszurufen zu lassen.“

Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung?

c Berlin, 24. Sept. Zu der Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Reichsregierung erfährt das Berl. Tageblatt von unterrichteter Seite, daß die Anregung zu weiteren Unterhandlungen, die am Montag begonnen haben, von der Regierung ausgegangen ist. Diese Verhandlungen, die zunächst vorbereitenden Charakter tragen, werden seitens der Demokraten von dem früheren Minister Schäffer geführt.

Der deutsche Außenhandel.

c Berlin, 24. Sept. Wie die „R. B. Z.“ erfährt, beschäftigt sich das Reichswirtschaftsministerium gegenwärtig mit den neuesten Maßnahmen zur Wiederbelebung des deutschen Außenhandels. Es kommt vor allem darauf an, daß das einflussreiche Rohstoffmaterial durch genügende Transportmittel befördert werden kann. Es besteht daher die Absicht, den Güterzugverkehr in möglichst starkem Maße aufrecht zu erhalten und seine Organisation auf den Verkehr mit dem westeuropäischen Ausland zuzuschneiden. Der Oberste Wirtschaftsrat wird in kürzester Zeit eine genaue Feststellung der an Deutschland zu liefernden Rohstoffe treffen. Nach dem Inkrafttreten des

Friedens wird voraussichtlich zwischen der Entente und Deutschland ein international geregeltes Rohstoffabkommen zustande kommen.

Der Geiselmord in München.

c München, 24. Sept. Der Staatsanwalt und die Richter im Geiselmordprozeß haben zahlreiche Briefe mit Todesandrohungen erhalten. Auch Mitglieder des Ministeriums Hoffmann sind mit solchen Sendungen überhäuft worden, denen man das Schicksal der Verurteilten ankündigt.

Der Kampf mit dem Bolschewismus. Kronstadt bombardiert.

c Helsingfors, 24. Sept. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag bombardierten 20 Flugzeuge Kronstadt. Es wurden mehrere Brände beobachtet. Die Bolschewiken erwiderten mit Geschützfeuer.

Die französische Ratifikation.

c Berlin, 25. Sept. Der Berliner Pressedienst erfährt: Die Meldung, daß Frankreich den Frieden bereits ratifiziert habe, trifft nicht zu. Die Ratifizierung wird aber in dieser Woche, spätestens am kommenden Samstag erfolgen. Die Aufhebung des Kriegszustandes Frankreichs mit Deutschland soll nach definitiver Erklärung Pichons am 1. Oktober erfolgen.

Ein Kronrat.

c Bern, 23. Sept. Nach italienischen Blättern ist die Kammer bis zum 27. September vertagt und ein Kronrat einberufen worden.

Albanien fällt an Italien.

c Bern, 23. Sept. Wie der „Corriere della Sera“ erfährt, soll in der zwischen England, Frankreich und Italien getroffenen Regelung des gesamten Adriaproblems auch die Verwaltung Albaniens durch Italien und die Oberhoheit Italiens Balona vorgeesehen sein. Diese beiden Punkte seien schon früher von der Pariser Friedenskonferenz vereinigt worden.

Marshall Joffre in Mainz.

w Mainz, 23. Sept. Gestern nachmittag 4 1/2 Uhr ist Marshall Joffre in Mainz eingetroffen. Am Bahnhof wurde er von General Mangin empfangen. Von einer Eskorte begleitet begaben sich die beiden Generale durch die geschmückten Straßen zum großherzoglichen Schloß. Abends 9 1/2 Uhr war Fackelzug und große Illumination auf dem Rhein. Heute nachmittag wird Marshall Joffre Wiesbaden einen Besuch abstatten. Morgen wird er auf dem Dampfer „Bismarck“, begleitet von der Rheinflotte, nach Bonn fahren.

c Koblenz, 24. Sept. Marshall Joffre traf heute nachmittag mit dem Dampfer Bismarck in Begleitung des Generals Mangin mit einer Anzahl anderer höherer französischer Offiziere aus Mainz hier zum Besuch des amerikanischen Hauptquartiers ein. Es fand große Parade statt.

Ausfuhr holländischen Tabaks.

c Haag, 24. Sept. Das Ausfuhrverbot für Rohrtabak, Zigarren, Zigaretten und andere Tabakerzeugnisse ist aufgehoben worden.

Ein neuer Erfolg Denikins.

k London, 24. Sept. Das Kriegsamt teilt mit, daß Denikins Truppen einen neuen großen Erfolg zu verzeichnen haben. Sie haben die Stadt Kurlj eingenommen, die an der Eisenbahn von Charkow nach Moskau liegt.

Wilson verweigert seine Anerkennung.

c Bern, 24. September. „Perseveranza“ läßt sich aus Rom melden, Wilson habe die Alliierten wissen lassen, daß er sich weigere, auf das zwischen England, Frankreich und Italien über Fiume getroffene Abkommen zu antworten, solange die Stadt von d'Annunzio besetzt sei.

Das Welpostporto.

c Bern, 24. Sept. Wie der Berner Korrespondent der „Thurgauer Zeitung“ erfährt, ist weder auf dem Internationalen Büro des Welpostvereins in Bern noch bei der Schweizerischen Welpostdirektion bekannt, daß vom 1. 1. 1920 ab das Welpostporto für Briefe von 25 auf 40 Cimes erhöht wird.

Montag, 29. Sept. 1919 Nassauer Markt.

Von Nah und Fern.

j Nassau, 23. Sept. (3. Wanderung der Ortsgruppe des Taunuskubs in Nassau.) Scheinbar hat der Wettergott keine Freude an sonntäglichen Vergnügen; in dem regenarmen Sommer brachten fast nur die Sonntage das gegenstündende Nah. Im Interesse der das Gemüt erheitenden und erfrischenden Wanderungen und sonstigen sportlichen Vergnügungen ist das zu bedauern. Obwohl der Himmel am vorigen Sonntag ein trübes Gesicht machte, fanden sich gegen 40 Wanderlustige an der „Germania“ zusammen, um die wohl durchdachte Wanderung auszuführen. Und der Himmel hatte ein Einsehen, lachender Sonnenschein erfreute die Wanderer auf der Höhe und bis zum Endpunkt Oberhof hielt sich das Wetter. An der Stadtkule vorbei wurde die Wanderschar auf prächtigen Waldwegen an aussichtsreiche Punkte geführt, die das Auge

entzückten. Durch den prachtvollen Hochwald gelangte man zunächst nach Winden, wo man sich bei Apfelkuchen und gutem Kaffee belustigen konnte. Gestärkt durch den Imbiß begann man nun zur Fortsetzung der Wanderung und erreichte bald die Windener Höhe (ca. 400 Meter über dem Meerespiegel). Ein prächtiger Ausblick bot sich auf den Taunuswald mit seinen kuppelförmigen Erhebungen. Man sah den Rauch der Westerwaldbahn, den östlichen Horizont schaute man die Umrisse der Taunusriesen. Die schöne Aussicht entschädigte schon für den Marsch. Nun ging's hinab ins stille Gelbachtal. Wie ein großer Ameisenhaufen präsentiert sich hier ein kegelförmiger Berg, der den Bach zu einer fast kreisförmigen Schleife zwingt. Bei der Weinäcker-Häuser überblickt man den Bach und hatte vom Sattel des Höhenzuges zwischen Weinäcker und Oberhof einen prächtigen Blick auf das herrliche Kloster Arnstein. Die nach hier über heraufdringenden Klänge einer klaren Taunusmusik berührten eigen nach der Wanderung durch das ruhige Tal und den schweigenden Wald. Im Gasthaus „Bingel“ zu Oberhof kehrte man nun ein und erfreute sich an einem kunstvollen Bauernkaffee in geschmackvollen Kostümen. Der reiche Beifall, welcher den jungen Damen gespendet wurde, wird eine kleine Entschädigung für die Mühen der Einstudierung gewesen sein. Leider war der beschränkte Raum der zur Verfügung stehenden infolge anderweitiger Belegung, für ein gemächliches Beisammensein nicht geeignet und so zog man es vor, im Hotel Müller (Hk) in Nassau noch weiter sich zu unterhalten im Besang von Liedern, Spielen und Tanz. Die nächste Wanderung wird durch Verleihung der goldenen Wanderabzeichen einen besonderen Reiz erhalten.

** Nassau, 25. Sept. Ein große Freude wurde der Familie der Ww. Blank zuteil dadurch, daß von privater Seite von Coblenz mitgeteilt wurde, daß ihr kriegsgefangener Sohn Karl Blank in Coblenz zur 31. Jäger-Regiment eingeleitet worden ist. An die Rückkehr dieses Gefangenen knüpfen wir die Hoffnung, daß recht bald auch die anderen ihre Heimat wiedersehen möchten.

c Die Kartoffelversorgung im Unterelbsaale wird durch eine Verordnung, die in der heutigen Ausgabe veröffentlicht wird, neu geregelt. Danach können Befugnisberechtigte bis zum 1. November 7 Pfund vom 2. November bis 14. Februar 9 Pfund und vom 15. Februar bis 17. Juli wieder 7 Pfund in der Woche erhalten. Verbraucher, die einen Vorrat für die vollen 44 Wochen einkellern wollen, erhalten eine solche Menge, daß die Schwundverluste gedeckt sind. Der Kartoffelpreis beträgt 6,50 Mark, wozu noch Schnelligkeitsprämien und Anfuhrvergütung treten.

k Die zahlreichen Angriffe auf Forst- und Jagdbeamte, welche sich in der letzten Zeit ereignet haben, haben dem Herrn Landwirtschaftsminister Veranlassung gegeben, in Befugnisse der Forst- und Jagdbeamten zu Waffengebrauch weitestgehend zu erweitern. Die Beamten brauchen insbesondere, bevor sie den Schußwaffen Gebrauch machen nicht erst die Ausführung eines Angriffs mit Waffen, Ketten oder anderen gefährlichen Werkzeugen abzuwarten, es genügt vielmehr die Bedrohung mit Widerstandlichkeit durch offen oder verheimlicht bereitgehaltenen gefährlichen Werkzeugen.

Seit ein fliehender Frevler trotz Aufforderung zum Halten die Flucht fort, so berechtigt das Hinzutreten anderer Verdachtsumstände unter den heutigen unsicheren Verhältnissen zu der Annahme, daß er die Flucht zu einem erneuten Angriff oder einer Widerstandlichkeit mit gefährlichen Werkzeugen benutzen will. Die Forst- und Jagdbeamten darf in solchen Fällen ebenso von der Schußwaffe Gebrauch machen wie in dem früher bereits vorgezeichneten Falle, daß ein betroffener oder auf der Flucht befindlicher Frevler trotz erfolgter Aufforderung die Schußwaffe nicht sofort ablegt und wenn darin eine gewärtige drohende Gefahr für Leib und Leben des Beamten zu erblicken ist.

Es wird deshalb davor gewarnt, dem Frevler der Forst- und Jagdbeamten zum Halten bei der Flucht oder der Aufforderung zum Ablegen der Waffen und Werkzeuge nicht Folge zu leisten.

Gottesdienstordnung

für Sonntag, den 28. September 1919.
Evangel. Kirche Nassau.

Erntedankfest.

Vorm. 9½ Uhr: Hauptgottesdienst:

Herr Pfarrer Moser.

(Mitwirkung des Kirchenchors.)

(Kirchenjammung für den Erziehungsverein
des Kreisjudenbezirks Nassau.)

Anschließend an den Gottesdienst: Beichte und
heiliges Abendmahl.

Der Kindergottesdienst muß ausfallen.

Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst u. hl. Abendmahl
in Homburg: Herr Pfarrer Moser.

Amstwoche: Herr Pfarrer Moser.

Kathol. Kirche Nassau.

Vormittags 7.30 Uhr: Frühmesse. 10 Uhr:
Hochamt. Nachm. 2 Uhr: Andacht.

Diensthal.

Erntedankfest.

Vorm. 10 Uhr: Predigt. Beichte u. heiliges
Abendmahl.

Nachm. 2 Uhr: Predigt.

Obernhofer.

Vorm. 10 Uhr: Predigt und Christenlehre.

Bereinsnachrichten.

Evangel. Kirchenchor. Freitag abend 8½
Uhr Gesangstunde in der Königsbacher
Brauerei.

Sportverein „Nassovia“. Samstag abend
8 Uhr im „Nassauer Hof“ (Kemper):
Versammlung.

Diejenigen Holzhauer in Nassau und
Umgegend, welche gesonnen sind im
Nassauer Wald Holz zu fällen, wollen
sich melden bei Förster Stoll oder bei

Karl Paul, Alfordant.

Schüttelobst

kauft

Chr. Piskator.

Verordnung

über die Kartoffelverförmung im Wirt-
schaftsjahr 1919/20.

Auf Grund der Verordnung über die Kar-
toffelverförmung vom 18. Juli 1918, der Ver-
ordnung des Reichsernährungsministers vom
4. Sept. 1919 wird für den Unterlahnkreis
folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die Ausfuhr von Kartoffeln über die Kreis-
grenze hinaus ist nur mit Genehmigung des
Vorstandes des Kreisausschusses gestattet. Die
Ausfuhrerlaubnis wird entweder auf dem
Frachtbefehl oder durch eine besondere Beschei-
digung, die der Eisenbahnbehörde vorzulegen
ist, erteilt.

§ 2.

Sämtliche Kartoffelverförmungen, die dem Er-
zeuger nach den gesetzlichen Bestimmungen
nicht zu belassen sind, werden für den Kreis
bez. die Gemeinden in Anspruch genommen
soweit nicht in nachfolgendem etwas
anders bestimmt ist.

§ 3.

Die Erzeuger von Kartoffeln sind berech-
tigt und verpflichtet, die zur Erhaltung der
Kartoffeln erforderlichen Handlungen vorzu-
nehmen; sie sind berechtigt und gegebenenfalls
verpflichtet, auf Verlangen der Behörde die
Kartoffeln zu verlesen und schadhafte auszu-
sondern.

§ 4.

Nimmt der Besitzer eine zur Erhaltung der
Kartoffelverförmungen erforderliche Handlung
innerhalb der zuständigen Behörde gesehen
nicht vor, so kann die Behörde die er-
forderlichen Arbeiten auf seine Kosten durch
einen Dritten vornehmen lassen. Der Verpflich-
tete hat die Vornahme auf seinem Grund und
Boden, sowie in seinen Wirtschaftsräumen und
mit Mitteln seines Betriebes zu gestatten.
Außerdem kann durch polizeiliche Verfügung
eine Geldstrafe bis zu 150 Mark oder ent-
sprechende Haft festgesetzt werden.

§ 5.

Die Kartoffelerzeuger sind berechtigt, aus
ihren Vorräten

a) zur Ernährung ihrer Familienangehörigen
täglich diejenige Kartoffelmenge zu verwen-
den, die jeweils festgelegt wird,

b) zur Frühjahrsbestellung das erforderliche
Saatgut in Höhe bis 40 Zentner für den
Hektar,

c) solche Kartoffeln an ihre Tiere zu verfüt-
tern, welche nicht gesund sind oder die
Mindestgröße von 1 Zoll - 2,72 Zentimeter
nicht erreichen.

§ 6.

Veräußerungen bezw. Abgabe von Kartoff-
eln sind nur zulässig

a) an den Kreis und an die vom Kreis be-
stimmten Aufkäufer und Kommissionäre,

b) an die Gemeinden des Unterlahnkreises u.
an die von ihnen ermächtigten Beauftragten
auf Grund von Bezugsscheinen,

c) an Privatpersonen, die ihren Wohnsitz in
einer Gemeinde des Unterlahnkreises haben,
gegen Bezugsschein der Ortsbehörde des
Wohnortes des Bezüehers.

§ 7.

Die überschüssigen Kartoffelverförmungen der Er-
zeuger werden vom Kreis und den Gemein-
den aufgekauft, welche sich dabei des Handels
bedienen werden. Erfolgt die Abgabe der
Kartoffeln nicht freiwillig, so können die Kar-
toffeln beschlagnahmt und das Eigentum durch
Anordnung des Landrates auf den Kreis oder

die von ihm bezeichnete Behörde übertragen
werden.

§ 8.

Diejenigen Verbraucher, die ihren Bedarf
an Speisekartoffeln durch unmittelbaren Bezug
vom Erzeuger einkellern und den für die ganze
Versorgungszeit vom 14. September 1919 bis
17. Juli 1920 (44 Wochen) erforderlichen Vor-
rat selbst einkellern wollen, haben dies bei der
Behörde ihres Wohnortes zu melden und die
Ausstellung eines Bezugsscheines - § 5 - zu
beantragen. Für den Bezugsschein ist ein be-
sonderes Muster vorgeschrieben. Den richtigen
Empfang der Kartoffeln hat der Empfänger
auf dem Bezugsschein zu bescheinigen.

Die Ausstellung der Kartoffelbezugsscheine
hat auf der Grundlage zu erfolgen, daß auf
jede versorgungsberechtigte Person für die Zeit
vom 14. September 1919 bis 17. Juli 1920,
also auf längstens 44 Wochen, wöchentlich 8
Pfund Kartoffeln entfallen. Für die
Zeit vom 2. November 1919 bis 14.
Februar 1920 ist außerdem eine Zulage von
2 Pfund zuständig. In diesen Mengen ist ein
Pfund Schwundverlust enthalten.

Die Kartoffelerzeuger, die auf Grund von
Bezugsscheinen Kartoffeln abgegeben haben,
haben die Bezugsscheine nach Erledigung bei der
Ortsbehörde abzuliefern. Zwecks Anrechnung auf
die Ablieferungsschuldigkeit der Landwirte sind
die Bezugsscheine von den Ortsbehörden zu
sammeln und aufzubewahren.

§ 9.

An diejenigen Versorgungsberechtigten, die
sich nicht selbst einkellern können oder wollen,
dürfen von den Gemeinden nur gegen Kar-
toffelkarten oder -Scheine Kartoffeln abge-
geben werden. Die Abgabe darf bis auf wei-
teres in der Zeit vom 14. September 1919
bis 1. November 1919 und 15. Februar 1920
bis 17. Juli 1920 7 Pfund die Woche, und in
der Zeit vom 2. November 1919 bis 14. Fe-
bruar 1920 9 Pfund die Woche nicht über-
steigen. Die Schwerarbeiter sind hierbei mit
1½ Pfund für den Kopf und Tag zu beden-
ken.

§ 10.

Der Kartoffelbedarf zur Brotstreckung ist
soweit, als erforderlich, ebenfalls auf Grund
von Bezugsscheinen durch die Bäcker selbst
sicher zu stellen. Ueber die Höhe bezieht be-
sondere Anordnung.

§ 11.

Wer den vorstehenden Anordnungen zuwi-
derhandelt, wird, soweit nicht eine Bestrafung
nach § 18 Nr. 2 der Verordnung über die
Kartoffelverförmung eintritt, mit Geldstrafe bis
150 Mark oder mit Haft bestraft.

§ 12.

Die vorstehenden Anordnungen zuwi-
derhandelt, wird, soweit nicht eine Bestrafung
nach § 18 Nr. 2 der Verordnung über die
Kartoffelverförmung eintritt, mit Geldstrafe bis
150 Mark oder mit Haft bestraft.

§ 13.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer
Veröffentlichung im Amtlichen Kreisblatt in
Kraft.

Diez, den 22. September 1919.

Der Kreisausschuß des Unterlahnkreises.

J. B.

Scheuern.

J.-Nr. 2. 8794, Diez, den 22. Sept. 1919.

Die Magistrate der drei Städte und die
Herrn Bürgermeister der Landgemeinden
werden ersucht, vorstehende Verordnung in den
Gemeinden bekannt zu geben und für eine
geregelter Durchführung der Kartoffelverförm-
ung zu sorgen. Die Landwirte sind besonders
darauf hinzuweisen, daß Abgaben von Kar-
toffeln ohne Bezugsscheine nicht vorkommen
dürfen u. daß sie den Nachweis darüber zu führen
haben, wohin sie ihre Kartoffeln gebracht
haben.

Bei der Berechnung der den Selbstverförm-
ern zu belassenden Kartoffelmengen sind in
Ansat zu bringen:

a) zur Ernährung 1½ Pfund für den Tag
und Kopf für die Zeit vom 14. Septem-
ber 1919 bis 13. August 1920 - 5 Zentner;

b) der Saatgutbedarf in Höhe von 10 Zent-
ner für den Morgen der Herbstkartoffelan-
bauläche 1918;

c) diejenigen Kartoffeln, die zwecks Verar-
beitung in Brennereien usw. freigegeben
werden (§ 11 Absatz 2).

Die Vordrucke für die Kartoffelbezugss-
cheine sind in der Druckerei des Amtlichen
Kreisblattes in Diez und Bad Ems zu haben.

Bei der Ausstellung der Bezugsscheine ist zu
beachten, ob es sich um einen Teilselbstverförm-
er oder um einen voll Versorgungsberechtig-
ten handelt.

Für die Kartoffelkarte genügt in den Land-
gemeinden eine einfache Bescheinigung des
Bürgermeisters. Die Listen über die ausge-
stellten Kartoffelbezugsscheine werden später
zwecks Nachprüfung von mir eingezogen wer-
den. Die belieferten und bescheinigten Bezugss-
scheine sind so aufzubewahren, daß sie jederzeit
hierher eingeliefert werden können.

Ich hoffe, daß von den Magistraten und
den Herren Bürgermeistern alles geschieht, um
eine schnelle Kartoffeleinkaufung zu erreichen,
damit die im Kreis überschüssigen Kartoffeln
abgeführt werden können. Ich verfolge auch
nicht, darauf hinzuweisen, wie dringend nötig
es ist, die zur Sicherstellung der Versorgung
in den Städten unvermeidlichen Einlagerung
größerer Mengen von Speisekartoffeln mit aller
Sorgfalt vorzunehmen, die Kartoffeln fortge-
setzt in pfleglicher Behandlung zu halten und
auf Grund von Erfahrungen mit allen Kräf-
ten beitragen, einem Verderb der Kartoffeln
entgegenzuwirken.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Scheuern.

Befehl und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unter-
lahnkreises.

Chatras, Major.

Veröffentlicht! Kartoffelbezugsscheine ge-
mäß § 9 werden vormittags von 8-12 Uhr
auf dem Rathause, Zimmer 1, ausgestellt.
Dortselbst sind am 30. jeden Monats die be-
lieferten Bezugsscheine von den Kartoffeler-
zeugern abzuliefern.

Nassau, 25. September 1919.

Der Bürgermeister:

Hajenclever.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verord-
nung über die Preise für landwirtschaftliche
Erzeugnisse pp. vom 15. Juli 1919 (R.-G.-
Bl. S. 647) wird mit Zustimmung des Herrn
Reichsernährungsministers der Erzeugerhöchst-
preis für Herbst- und Winterkartoffeln für die
Provinz Hessen-Nassau vom 14. September d.
Js. ab hiermit auf

6,50 Mk.

für den Zentner festgesetzt. Er erhöht sich für
jeden bis zum 31. Dezember 1919 einschließ-
lich zur Verladung gebrachten Zentner um die
Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. und die An-
fuhrprämie von 5 Pfg. für jeden angefan-
genen Kilometer.

Cassel, den 12. September 1919.

Provinzialkartoffelstelle:

gez. Dnes.

Diez, den 21. September 1919.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht,
vorstehende Festsetzung sofort in ortsüblicher
Weise bekannt zu machen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Scheuern.

Befehl und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unter-
lahnkreises.

Chatras, Major.

Bekanntmachung.

Von den wieder freigegebenen Waffen sind,
trotz erfolgter Bekanntmachung, einige Ge-
wehre und auch Munition bis heute noch nicht
abgeholt.

Es wird hierdurch nochmals um Abholung
ersucht. Sollte diese bis zum 5. Oktober nicht
erfolgt sein, sehen wir von den Eigentümern
das Einverständnis voraus, daß die Gegen-
stände als Fundgegenstände behandelt werden.

Nassau, 19. September 1919.

Die Polizeiverwaltung:

Hajenclever.

Befehl und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unter-
lahnkreises.

Chatras, Major.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverord-
nung vom 7. August 1888 wird im Einver-
ständnis mit dem Feldgericht hiermit angeord-
net, daß die Tauben während der gegenwärtigen
Saatzeit vom 1. Oktober ab auf 4 Wochen in
den Taubenschlägen zu halten sind. Zuwider-
handlungen werden auf Grund der vorbezeich-
neten Polizeiverordnung bestraft.

Nassau, 20. September 1919.

Die Polizei-Verwaltung:

Hajenclever.

Befehl und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des
Unterlahnkreises.

Chatras, Major.

Gewerbe-Verein.

Mitgliederversammlung am Montag,
den 29. Sept., abends 8½ Uhr im Gast-
hause Kettermann.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.

2. Aussprache über die bevorstehenden
Stadtverordnetenwahlen.

3. Winterveranstaltungen.

4. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Es werden auch Gewerbetreibende, welche nicht
Mitglied des Vereins sind, sowie Freunde des
Vereins eingeladen.

Nassau-Lahn, den 25. Sept. 1919.

Der stellv. Vorsitzende:

Karl Unverzagt.

Reiner Kantabak

frisch eingetroffen

Rudolf Degenhardt, Nassau,

Zigarrengeschäft.

Eine Sendung

Silfiter = Käse

in schöner Ware

erhalten.

J. W. Kuhn, Nassau.

Alttertümer.

Kaufe zu hohen Preisen alttertümliche Möbel, wie: Schränke, Glas-
schränke, Schreibkommoden, Tische, Sessel, Sofas, ferner Holzfiguren, Oelbilder,
Kupferstiche, Miniaturen, alte Porzellane, Silber- u. Goldsachen.

Bin 8 Tage in Nassau.

Mündliche wie schriftliche Offerten an die Geschäftsstelle.

Nachrichten des Wirtschafts- amtes der Stadt Nassau.

Fleisch.

In Abänderung der Bekanntmach-
ung im Nassauer Anzeiger wird be-
kannt gegeben, daß Ausgabe des
Pöckelfleisches (Rindfleisch) auf Fleisch-
karten in folgenden Mehrgereien statt-
findet:

L. Neumann Ww. A. Steuber

L. Huth Geschwister Huth.

H. Paulus

Mehl und Hülsenfrüchte.

Es werden bis einschl. Mittwoch,
den 1. Oktober folgende Lebensmit-
tel ausgegeben:

auf Abschnitt 18 und 20 der Mehl-
zuzahlkarte:

je 200 - 400 Gramm Mehl zum Preise
von 85 Pfg. pro Pfund in den Ge-
schäften von Joh. Egenolf, Ww. Lorch
und Ww. Strauß,

auf Abschnitt 19 und 21 der Mehl-
zuzahlkarte:

je 125 - 250 Gramm Bohnen zum
Preise von 1,30 Mk. pro Pfund in den Ge-
schäften von J. W. Kuhn, Karl
Pebler und Kölner Konjum.

Haushaltungen, in welchen sich
Mehlselbstverförmern befinden und welche
daher keine Mehlsuzahlkarte haben,
können Bohnen im Geschäfte von J.
W. Kuhn entnehmen. Die Entnah-
me ist dortselbst durch Unterschrift in
einer Liste zu bestätigen. Weizenmehl
steht den Mehlselbstverförmern nicht zu.
Zu den Entnahmen sind Däten mit-
zubringen.

Getreide.

Für Brotgetreide und Gerste ist
eine Lieferungsprämie bewilligt und
zwar werden gezahlt:

Für die vom 1.-30. September
abgelieferten Mengen eine Prämie
von 7,50 Mk. per Zentner,

für die vom 1.-15. Oktober ab-
gelieferten Mengen eine Prämie von
3,75 Mk. per Zentner.

Schweinefleisch, Speck.

Auf Marke Nr. 14 und 15 der
Einfuhrzuzahlkarte für Fleisch wird an
die Einwohner des Versorgungsbezirks
von Samstag, den 27. Sept. b. Mon-
tag, den 29. Sept. in den Mehrgereien
A. Steuber und Geschwister Huth 125
Gramm Salzfleisch oder Speck zum
Preise von 1,10 M abgegeben.

Holzgeld.

Die Zahlung des rückständigen
Holzgeldes wird wiederholt in Erin-
nerung gebracht. Der Tag der Ein-
leitung des Zwangsbeitreibungsver-
fahrens wird in nächster Zeit bekannt
gegeben werden.

Prima
Weiss- u. Rotwein
(in Fass u. Flaschen)
in verschiedenen Preislagen
hat stets abzugeben
Chr. Piskator
Weinhandlung
Nassau-Lahn

Im **Krauthobel**
empfiehlt sich
Karl Paul (Jagdhaus).
Bestellungen
auf
Einmach-Kappus
nimmt entgegen
H. Hermes.

Deere
Wein- u. Champagnerflaschen
abzugeben. Wo? sagt die Geschäftsstelle.

An unsere Abonnenten in Nassau und Bergn.-Scheuern.

Ab 1. Oktober wird das Zeitungsgeld für den „Nassauer Anzeiger“ nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich erhoben. Auch die Abholer müssen von jetzt an – am 15. jeden Monats – das Zeitungsgeld in der Geschäftsstelle entrichten.

Bezugspreis:
75 Pfg. einschl. Bringerlohn.

Märkte.

Es finden in Nassau-Lahn statt:
Am 29. September 1919 (Mittwoch) **Aram-, Vieh-, Schweine- und Obstmarkt.**
Am 13. Oktober 1919 **Obstmarkt.**
Zu beiden Märkten können auch Gemüse und Kartoffeln angefahren werden.
Umfangreiche Beschickung der Märkte ist erwünscht. Marktstandgeld wird nicht erhoben.
Nassau, 4. September 1919.

Der Magistrat:
Hasenclever.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. B.

Unterschrift, Hauptmann.

Kleine und große

Einkochringe

zu Werkgläsern

vorrätig bei

J. W. Kuhn, Nassau.

Bekanntmachung.

Da die Kohlenzufuhr andauernd sehr schlecht ist, sind wir gezwungen, die Gasabgabe am Tage zeitweise zu sperren. Die Sperrzeit ist von **morgens 8 bis 11 Uhr u. von mittags 1 b. abends 6 Uhr.**

Wir bitten auch die Gasmotorenbesitzer sich nach diesen Stunden einzurichten, da eine Gasabgabe in der Sperrzeit aus technischen Gründen nicht möglich ist.

Gas- u. Elektrizitätswerke Nassau a. L. A.-G.

Lüchtiges Hausmädchen

gesucht.

Hof von Holland, Diez-Lahn.

Ausserordtl. Generalversammlung des Schützenvereins Nassau E.V.

Samstag, den 27. Sept., abends 7½ Uhr im Vereinslokal bei Chr. Piskator.

Tagesordnung:

Neuwahl des Vorstandes.
Rechnungsablage.
Verschiedenes.

Der Vorstand.

Grosse Auswahl

in

Theeseien
Muskat-Reibern
Bouillon-Sieben
Kaffeetassen
Milchkannen
Löffel-Bleche
Seife-Sand-Soda-
Gestellen.

Albert Rosenthal, Nassau.

Lumpen, Knochen, Stricklumpen, Schafwolle, sowie altes Eisen, altes Zink, altes Blei, altes Messing, Kupfer u. Staniol kauft zu enorm hohen Preisen
Albert Rosenthal.

Statt Karten.

August Schulz

Hedwig Schulz

geb. Spinner

Vermählte

25. September 1919

Statt Karten

Ihre Vermählung

beehren sich anzuzeigen

Lehrer Otto Todt und Frau

Else geb. Hellemann

Neuwied, 27. Sept. 1919

(Dierdorferstrasse 49)

Buchenscheit,

sowie alle anderen Sorten Brennholz, auch solche von freier Fällung dauernd zu kaufen gesucht. Kaufe Waldungen zum Selbstabtrieb, auch mit Grund und Boden.
Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.,
Wittelsbacherallee 4. — Telefon Hanja 533.

Deutsche Schokolade

(Stollwerck)

100 Gramm-Tafeln zu Mk. 2,80, 3,30.

Kernseife

Teilstücke zu Mk. 1,50 — — Langstücke zu Mk. 3,50, 4,50

Tafel-Margarine

in Würfeln abgepackt
eingetroffen und empfiehlt

J. W. KUHN, Nassau.

Frauenstrümpfe,

schwarz und weiß, sowie

Kindersocken

in allen Größen in großer Auswahl bei

Albert Rosenthal, Nassau.



eingetroffen bei

Telefon 48

Aug. Hermani, Nassau

Telefon 48

Moskopf's Weineffig

wieder eingetroffen.

Drogerie Trombetta, Nassau.

Soziald. Verein, Ortsgruppe Nassau und Umgebung.

Samstag, den 27. Sept., abends 8 Uhr
Mitgl.-Versammlung.



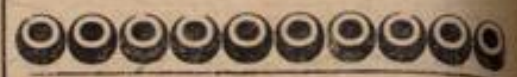
Sonntag, den 28. September,
von nachmittags 3 Uhr ab,

findet bei mir

Tanzmusik

statt, wozu freundlichst einladet.

Georg Henninger.



Empfehle:

RHEINWEIN.

1917er Oberweseler Riesling
per Fl. Mk. 12,00.

1918er Bacharach Riesling
per Fl. Mk. 8,50.

MOSELWEIN.

1918er Eröber Herrenberg
per Fl. Mk. 8,50

aus besten Lagen. Ab Keller Coblenz.

E. Disserré, Weingutsbes.,
Coblenz-Laubbach.

Ostertag Rassenstränke,
Bandgeldstränke zum einmauern
sofort lieferbar.

Lohmann, Frankfurt a. M.,
Moselftr. 31.

Von heute ab wird der

Frankf. Gen.-Anzeiger

wieder in **Bad Nassau** ausgetragen. Der Bezugspreis beträgt pro Monat für Morgen- und Abendausgabe 1,75 Mk. Bestellungen werden entgegengenommen.

AGENTUR, Hintergasse 4.

Herren,
auch ohne Vermögen, welche sich schnellstens glückl. verheiraten wollen, erhalten sofort diskret **vermögende Damen** nachgewiesen von **Concordia, Berlin O. 34.**

Reiner Rauchtobak

(leicht — bekömmlich — trocken — staubfrei)
große Sendung eingetroffen.

Rudolf Degenhardt, Nassau,
Zigarrengeschäft.

Geflügel-Freunde lesen die
Geflügel-Welt, Chemnitz
Nr. 23.
Probe-Nr. und Bücherzettel gratis.

Klavierstimmen

übernimmt

C. Mand, Coblenz,
Schloßstraße 36.

Saftpresse

zu verleihen.

Albert Rosenthal, Nassau.